

Politische Abteilung I
 p.B.15.21.Ro - PR/WCO

Bern, 20. Dezember 1991

✓ p.B. 73.Ro. 0.

Aktennotiz

Rumänien-Moldawien-Ukraine: Vorsprache des rumänischen Botschafters bei Botschafter J. Staehelin, am 11.12.1991

Der rumänische Botschafter, Nicolas Iordache (I), sprach am 11.12.1991 auf sein Ersuchen bei Botschafter J. Staehelin (SIN) vor, um die Schweiz bei ihrer Beurteilung der Frage der Anerkennung der Ukraine um die Berücksichtigung der rumänischen Position zu ersuchen.

Rumänien vertritt den Standpunkt, dass das am 1. Dezember in der Ukraine stattgefundene Referendum keine Gültigkeit für die ehemaligen rumänischen Gebiete hat. (Bekanntlich impliziert aus rumänischer Perspektive die Elimination der Konsequenzen des Molotov-Ribbentrop-Paktes auch die Rückgabe der 1940 der Ukraine zugeschlagenen Gebiete der Nord-Bukowina und Süd-Bessarabiens, die während vier Jahrhunderten zum alten rumänischen Fürstentum Moldau und von 1918 bis 1940 zu Gross-Rumänien gehörten).

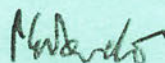
Gemäss I, der sich auf die Erklärung des rumänischen Parlamentes vom 28. November 1991 und auf diejenige seiner Regierung vom 29. November 1991 beruft, erhebt Rumänien mit der erwähnten Position indessen keine territorialen Ansprüche. Es gehe der Regierung vielmehr darum, sich um eine auf völkerrechtlichen Prinzipien beruhenden Regelung des noch unbewältigten Erbes des Nazismus und Kommunismus zu bemühen. Rumänien habe die Unabhängigkeit der Ukraine begrüsst und ihr nach der Lösung des fraglichen Problems die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen angeboten.

SIN weist darauf hin, dass es zu dieser Frage keine offizielle schweizerische Stellungnahme gibt. Er fragt, was diese Sache mit der ukrainischen Unabhängigkeitsfrage zu tun habe. Die Folgen des Molotov-Ribbentrop-Paktes müssten doch wohl auch mit der Sowjetunion aufgenommen worden sein. Gemäss I habe man dies getan, doch gebe es heute, wie man ja wisse, keine Sowjetunion mehr. Das Problem müsse deshalb durch Verhandlungen mit der Ukraine gelöst werden.

SIN begrüsst jede Regelung von Differenzen durch Verhandlungen. Er gibt indessen zu bedenken, dass die Neueröffnung der Diskussion über Grenzfragen in Europa zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Verheissungsvolles verspricht. Er gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung in der rumänischen Bevölkerung keine entsprechenden allzu-grossen Erwartungen wecke.

- 2 -

Schliesslich erkundigte sich SIN nach der Politik Rumäniens gegenüber der Republik Moldawien. Gemäss I wird sich früher oder später auch für Moldawien die Frage der Grenzen stellen. Rumänien habe Moldawien mit Rücksicht auf die gegenwärtige Entwicklung in Europa als unabhängigen Staat anerkannt. Ueber eine allfällige Wiedervereinigung mit Rumänien habe das moldawische Volk zu entscheiden. Rumänien schüre auf jeden Fall nicht dessen nationalistischen Gefühle.



P. Pardo / Politische Abteilung I

- Kopie: - Sekr. JAC
- Direktion für Völkerrecht
- Politisches Sekretariat
- Politische Abteilung III / KSZE-Dienst
- SIN, WOK, NB, PR
- Schweizerische Botschaft, Bukarest
- Schweizerische Botschaft, Moskau

LX 23. Dez. 91 10